

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Läden erhältlich

Heute
Beiräte-
vollversammlung
10 Uhr im Keglerheim
Jeder Betrieb muß vertreten sein!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft mbH, Dresden 17, Postfach 17 000, Schillerstraße 17
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr alle Geschäftsstunden, Mittwochs 17-18 Uhr
Sonderdruck: Dresden 17, Postfach 17 000, Schillerstraße 17

7. Jahrgang Dresden, Montag den 12. Oktober 1931 Nummer 107

Hitler-Hugenberg-Tagung in Harzburg:

Generalmobilmachung des Faschismus!

Großindustrielle, Junker, Generale, Waffen haben die Regie / Nazis und Stahlhelmer bieten sich als Sturmtrupps an zur Niedererschlagung der Arbeiter / Einheitsfront aller Arbeiter zur Vernichtung des Faschismus ist das Gebot der Stunde

Harzburg, 11. Oktober (Eig. Meld.)

Die „nationale Opposition“ hielt am Sonntag die angelegte Konferenz ab. Es waren erschienen Vertreter der Großindustriellen, des Großgrundbesitzes, der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Landvolks. Für die Deutsche Volkspartei waren erschienen Reichstagsabgeordnete von Seefeld und Geller, für die Wirtschaftspartei Ladeberg und Sachsenberg. Außerdem waren anwesend der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht, sowie die Hohenzollernprinzen August und Friedrich-Wilhelm, sowie des Herzogpaars von Coburg. Schon der Sonntagvormittag fand unter dem Zeichen der Uneinigkeit der einzelnen

Gruppen, wobei es zu Reibereien zwischen Stahlhelm und Nazis kam. Bei der großen Parade der Stahlhelmer und SA kam es zu Streitigkeiten, wer an der Spitze marschieren sollte. Die SA legte es dann durch, daß sie an die Spitze kam, daraufhin gruppierte sich der Stahlhelm und kam im großen Abstand für sich allein.

Nur in einem einzigen Punkt waren sie sich einig: Im faschistischen Kurs gegen die Werktätigen. Fried erklärte in einer Fraktionsrede der Nazis, daß die Einigkeit mit der „nationalen Opposition“ nur ein Sprungbrett zur Übernahme der Macht sein würde. Die Sentenzen des Tages war Schacht, der erklärte, daß die Reichsbank

Reichsbankausweise herausgebe und in Wahrheit längst bankrott sei, die deutschen Auslandsschulden viel größer seien als es im Baseler Bericht aufgeführt sei, aber niemand es wage, dieses öffentlich zu sagen. Dann folgten die Reden von Hugenberg, Seibitz, Duesterberg, General von der Goltz und Claß, die sämtlich auf den einen Ton gestimmt waren: Kampf dem Bolschewismus. In der Proklamation Hitlers heißt es wörtlich:

„Wir sind entschlossen, die Auseinandersetzungen zwischen dem Bolschewismus und dem Antibolschewismus mit allen Mitteln bis zur letzten Entscheidung für die Kultur des Abendlandes und die christliche Kultur durchzuführen.“

Es heißt dann weiter in einer Entschlieung:

„Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. Wir stoßen keine Hand zurück, die sich zu wirklich ehrlicher Zusammenarbeit anbietet. Wir müßten es aber ablehnen, die Erhaltung eines falschen Systems und die Förderung eines falschen Kurios zu unterstützen. Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen.“ usw.

Dann wurden für den Reichstag folgende gemeinsame Anträge beschlossen:

1. Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen.
2. Der Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November 1931 auszusprechen.
3. Die von dem Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung seit dem 10. Februar 1931 erlassenen Verordnungen sind außer Kraft zu setzen.
4. Die Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen ist mit dem 31. Oktober 1931 einzustellen.

Diese vereinbarten Anträge werden aber von jeder Gruppe für sich eingebracht; damit wird ihre organisatorische Selbständigkeit betont.

Großindustrielle, Großgrundbesitzer, Generale, Hohenzollernprinzen, Vassen und all das andere Pack, das vom Schweiß und Blut des arbeitenden Volkes lebt, war in der Leitung der Regie für die sogenannte Rundgebung der „nationalen Opposition“. Trotz aller Gegensätze, Rivalitäten und Reibereien, die zwischen den Stahlhelmen und Nazikompanien bestanden, waren sie sich alle einig in dem Ziel: Sammlung aller bewaffneten Kräfte zur Errichtung der bedrohten Weltbeherrschung durch Niedererschlagung der Klassenbewegungen, kämpfenden Arbeiterkraft. Der Dresdner Anzeiger vom Montag dem 12. 10. Nr. 324 stellt mit Befriedigung fest:

„Den nationalsozialistischen Schutzstaffeln und dem Stahlhelm kommt ein nicht zu unterschätzender Wert zu, sofern es sich um gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb Deutschlands handeln sollte.“

Der Harzburger Stahlhelm- und Kasakausmarsch war die Generalmobilmachung des Faschismus zum bewaffneten Kampf gegen die Arbeiterkraft. Die „Kampfanlagen“ an die Brüningregierung und die „Drohung“, daß die Nazis nur eine Rechtsregierung bei kommunistischen Angriffen schenken werden, was nichts anderes als die Bitte: „Nehmt uns auf. Wir bleiben uns an als Generalbluthunde im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterkraft.“

Die sozialdemokratische Presse benutzt die Tagung in Harzburg sowie den Empfang Hitlers bei Hindenburg, um in idealtabularer und demagogischer Weise sich als Kämpferin gegen den Faschismus anzupreisen und die Rettung der Brüningregierung als eine Tat im Interesse der Arbeiterkraft zu verteidigen. Kein Arbeiter wird auf dieses demagogische Manöver hereinfallen. Zwischen der von der SPD geführten Brüningabstammungsregierung und der Regierung Hugenberg-Hitler, die in Harzburg gefordert wurde, besteht volle Einmütigkeit in der Kampflinie gegen die des Proletariats. Der Kampf gegen den Faschismus, den die sozialdemokratische Presse wieder einmal entbehrt hat, ist lediglich ein Vorwand zur Errichtung der Brüningabstammungsregierung, die die Sozialdemokratie beschließen hat und die sie der Arbeiterkraft als „kleineres Übel“ empfiehlt. Angesichts der Demagogie der SPD-Führer fragen wir die sozialdemokratischen Arbeiter: Wer hat den Roten Frontkämpferbund, die Schutzorganisation gegen den Faschismus, verboten und die Straßen für die Nazis und die Stahlhelmschergenossen freigegeben? Was es nicht Seebing und die Sozialdemokratie? Wer verbietet seit Monaten Streikdemonstrationen gegen den Faschismus und schickt die Stahlhelms- und Naziführer? Sind es nicht die sozialdemokratischen Polizei-

Kampftongress der werftätigen Frauen!

147 parteilose und sozialdemokratische Frauen kommen zur KPD! — Segen Hunger und Not, für Freiheit und Brot!

Leipzig, 12. Oktober.

Im prächtig geschmückten, mit vielen revolutionären Plakaten versehenen großen Saal des Ritterbüchens saßen am 10. und 11. Oktober der Mitteldeutsche Landertongress werftätiger Frauen. Den 750 Delegierten aus Sachsen, Halle, Merseburg, Thüringen und Hessen-Waldeck und den vielen Gästen dieses Kampftongresses werftätiger Frauen leuchtete von der Bühne das Transparent mit den Worten Leins entgegen:

„Ohne Frauen keine proletarische Revolution!“

In allen Bezirksgruppen der Vertreterinnen revolutionärer Massenorganisationen, darunter aus den Vereinigten Staaten und der Schweiz, in den Reden des Bezirksleiters der Leipziger KPD, Gen. Selbmann, im Referat der Genossin Lena Overlach, Berlin und in allen Diskussionsreden kam zum Ausdruck die ungeheure geistige Not, insbesondere der werftätigen Frau, des wachsenden Terrors des Faschismus, aber auch die steigende Empörung aller Schichten des werftätigen Volkes und ein hartes Bekenntnis zur einheitlichen Kampffront gegen Hunger und Not, für Freiheit und Brot. Betriebsarbeiterinnen und Angestellte, erwerbslose Arbeiterinnen und proletarische Hausfrauen, Landarbeiterinnen und selbständige Mittelständlerinnen, weibliche Beamte und Lehrerinnen lehrten ihre Not, die Not der werftätigen Volksmassen heraus und bekamen sich zur einheitlichen Kampffront unter Führung der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

147 Delegierte traten auf diesem Kongress der Kommunistischen Partei bei. Die Gruppe der sozialdemokratischen Frauen erhob einen Appell an alle sozialdemokratischen Arbeiterinnen

und Arbeiter, sich einzureihen in die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Sie nur zeigt den Ausweg aus dem Elend, aus Hunger und Not. Sie nur allein kämpft an der Spitze der Massen für Freiheit und Brot, für den Sozialismus.

Die ehemalige Frau des Sumpfparteigründers Seibitz trat auf und erklärte, jede Zersplitterung ist ein Verrat an der Arbeiterklasse, nur die kommunistische Partei errichtet ehrlich die proletarische Einheitsfront und kämpft mutig gegen Kapitalismus und faschistische Diktatur. Deshalb bin ich der KPD beigetreten.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Frage der Organisierung der Streiks gegen Lohnraub und der Massen-

Wohl an 60 Delegierte hatten sich in der Diskussion zu Wort gemeldet. Nur ein Teil von ihnen konnte in der sehr kurzen Zeit zu Worte kommen. Viele Beifallstürme brachen aus, als Frauen, die vor kurzem noch in der SPD waren, jetzt mutig und frei ein Bekenntnis zur roten Einheitsfront und zur KPD ablegten. Die Venus-Arbeiterin, die Textilarbeiterin, die 75-jährige Rentempfangerin, die Landarbeiterin, die Angestellte, die Metallarbeiterin, die parteilose Hausfrau, die 15-jährige Hilfsarbeiterin, die Kleingewerbetreibende, die rote Arbeiterin, die Tabakarbeiterin, die Lehrerin, alle, alle erzählten von der wachsenden Not, von der Unterdrückung und der Ausbeutung der proletarischen Mutter und des proletarischen Kindes, vom Hunger und vom Willen, nicht zu ruhen und zu rufen, um mitzuhelfen am Sturz des Kapitalismus!

Gemaßregelter Pfarrer Genosse Eckert spricht:

Einheitsfundgebung in Stuttgart

Massenübertritte von SPD-Arbeitern zur Kommunistischen Partei

Stuttgart, 10. Oktober

Der von der Sozialdemokratie zur kommunistischen Partei übergetretene Pfarrer Eckert, der gestern von der Kirche seines Amtes enthoben worden ist, sprach am Sonnabend in einer Massenfundgebung der Stuttgarter Arbeiter. Diese Massenfundgebung im Aulentraum der Stadthalle wurde zu einer gewaltigen begehrtesten Kundgebung für die rote Einheitsfront des Proletariats. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, darunter Hunderte von Mittelständlern und Intellektuellen folgten begeistert den Ausführungen des Genossen Eckert. Unter tosendem Beifall erklärte dieser, daß er nach schwerem Ringen eingeschlossen habe:

Die Sozialdemokratie vertritt nicht mehr die Sache des schaffenden Volkes...

Eine neue Partei liegt nicht im Interesse der Einheitsfront der Arbeiterklasse, sondern bedeutet neue Zersplitterung. Deshalb bin ich zur KPD gegangen, die allein die Sache der kämpfenden Arbeiterklasse vertritt. Wenn man mich gestern durch einen Beschluß der evangelischen Kirche meines Amtes als Pfarrer enthoben hat, dann zeigt das, daß die Kirche mit der Sache der Unterdrückten und Leidenden nichts zu tun hat. Ich habe alles versucht, in der Kirche die Sache des schaffenden Volkes zu vertreten.

Die kommunistische Partei hat mein Streben und meinen Kampf verstanden und hat mich aufgenommen, aber die Kirche hat gezeigt, daß in ihren Reihen kein Platz für solche Kämpfer ist.

Ich weiß, daß ich einen schweren Weg betreten habe, aber ich bin diesen Weg gegangen, denn er ist konsequent und klar. Ich rufe allen denen, die mich in der Partei als ehrlichen Kämpfer kennengelernt haben, zu, mir zu folgen und mit mir den Kampf zu kämpfen, der jetzt im Interesse der ganzen leidenden Menschheit steht, der Kampf um die Einheitsfront. Diese Einheitsfront schließt sich in der kommunistischen Partei.

Nach dem Genossen Eckert sprachen zwei sozialdemokratische und ein christlicher Arbeiter. Der erste Diskussionsredner erklärte, daß er seit seiner Kindheit jahrzehntelang in der SPD wirkte und schon unter dem Sozialistengesetz seinen Platz gefunden habe, daß er aber jetzt zur kommunistischen Partei gehöre.

158 Neuaufnahmen wurden gemacht.

Zahlreiche Meldungen neuer Zellungsabonnenten und für den KPD und Kampfbund gingen ein. Immer wieder erdiente Beifall. 20 sozialdemokratische Arbeiter und mehrere Reichsbannerarbeiter sind unter diesen Neuaufnahmen in die Partei.